



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Ein sonderbarer Schwärmer. In der europäischen Krankenstube ändert sich so wenig, daß ein Mensch, der zehn Jahre geschlafen hätte, beim Erwachen im Befinden der hohen Patienten keine Veränderung und nur einigen Wechsel im Arztpersonal bemerken würde: in den leitenden Kreisen Frankreichs und Italiens dieselbe Lotterwirtschaft und im italienischen Volk daselbe Glend, in Österreich dieselbe Nationalitätenwirrwarr, in Rußland dieselbe dumpfe Gährung, in England und Deutschland dieselben brennenden Fragen ohne jede Aussicht auf Lösung u. s. w. Raum lohnt es sich auch, die einzelnen Abschnitte des Gezänks und des Intriguenspiels, die einstweilen die Stelle ernstlicher Lösungsversuche vertreten müssen, zu verzeichnen. Was soll z. B. für die Agrarfrage dabei herauskommen, wenn der deutsche Landwirtschaftsrat mit sechsunddreißig gegen zweiunddreißig Stimmen eine stark verkläufelte Resolution zu Gunsten des Antrags Ranitz annimmt, oder wenn Mintelen auf die Frage, ob unsre deutschen Klassiker bei dem bevorstehenden Autodafé unverbraunt davonkommen werden, in Gnaden entscheidet: diese Litteratur dürfe bleiben als Zeugnis für die Verwirrung des menschlichen Geistes; nur die Anpreisung solle bestraft werden? Behandeln wir daher heute eine der brennenden Fragen, die agrarische, rein akademisch! Scheußlich! wird der Leser rufen, schon wieder! Ja, zeichnen sich etwa die Reden der Herren von Kardorff, Richter, Lieber, Bebel durch Neuheit aus, oder fühlt sich der Philister durch die Leitartikel seines Parteiblatts aus einer Überraschung in die andre geworfen? Lange nicht oft genug wiederholen wir uns. Sind doch manche von unsern wohlwollenden Lesern so vergeblich, daß sie uns für Sozialdemokraten halten, obwohl wir schon mehrere Duzend mal breit auseinandergesetzt haben, daß unser Standpunkt dem manchesterlichen weit näher liegt als dem sozialistischen.

Nicht eine Abhandlung, sondern nur ein paar Glossen können wir an dieser Stelle liefern. Wir hängen sie an einen der unzähligen agrarischen Vorträge, die in den letzten Wochen gehalten worden sind, an den des Dr. Ruhland, den sich der Bund der Landwirte des Fürstentums Lübeck für seine Versammlung am 23. Februar zum Sprecher erkoren hatte. Er begann (nach dem Bericht in der Eisenbahnzeitung) mit einem geschichtlichen Rückblick, worin es heißt, man habe um das Jahr 1878 erwogen, ob es nicht vielleicht wichtiger für die Industrie sei, statt Erweiterung ihres Absatzgebiets im Auslande stärkern Absatz im Inlande anzustreben. Gleichzeitig sei die Frage der Brotversorgung aufgetaucht, und so hätten sich Industrie und Landwirtschaft im Bunde dem Schutzollsystem zugewandt. Trotz mehrmaliger Erhöhung der Getreidezölle seien jedoch die Getreidepreise immer tiefer gesunken. Daraus zieht er aber nicht etwa den Schluß, daß die Zölle nichts nützen, sondern er bricht ganz unvermittelt in Klagen über den nach 1890 angeblich eingetretenen Systemwechsel aus: „man sagte jetzt auf einmal vom Regierungs- und Bundesratsstische herab, es sei notwendig, die Periode des Agrikulturstaats zu verlassen und in die Periode des Industriestaats hinauszuschreiten.“ Nein, diese kindliche Absicht, aus der Agrarperiode in die Industrieperiode hinauszuschreiten, hat keiner der Herren Geheimräte gehabt. Deutschland befand sich seit vierzig Jahren drin in der Industrieperiode, und nach 1890 handelte es sich bloß darum, eine Anzahl großer industrieller Werke vor einem Krach und ihre Arbeiter vorm Hunger zu bewahren. Rußland schildert sodann den Zustand Englands genau so, wie wir ihn, nur weit ausführlicher, geschildert haben, unterläßt aber zu erzählen, wie dieser

Zustand geworden ist, und erweckt dadurch bei seinen Zuhörern den Glauben, der Freihandel habe den englischen Bauernstand vernichtet, während 1846, als die Kornzölle aufgehoben wurden, gar keine Bauern mehr existierten. Bekanntlich hat das englische Bauernlegen im sechzehnten Jahrhundert begonnen und ist im vorigen Jahrhundert unter einem System von Monopolen, Privilegien und hohen Schutzzöllen vollendet worden; 1846 war England schon der reine Industrie- und Geldhändlerstaat, der er heute ist. Deutschland hat sich bei hoher Entwicklung seiner Industrie und trotz wechselnder Handels- und Zollpolitik seinen Bauernstand bis heute bewahrt.

Außerdem beruht es auf einem Mißverständnis, wenn Rußland von dem schmalen Unterstoc spricht, der die breiten obern Stockwerke des englischen Staatswesens zu tragen habe. Das ist allerdings richtig, daß die Urproduktion das unterste, das tragende Stockwerk des Gesellschaftsbaues ist und immer bleiben wird, aber die englische Gesellschaft ruht nicht auf dem bischen englischen Ackerbaues, das noch übrig ist, sondern auf dem Indiens und seiner übrigen Kolonien und der von ihm kommerziell ausgebeuteten Länder. Für gesund und wünschenswert halten auch wir, wie unsern Lesern bekannt ist, diesen Zustand keineswegs. Rußlands Ideal ist auch das unsrige. Auch wir wollen, daß unser heimischer Ackerbau die breite, sichere Grundlage des deutschen Staatsgebäudes bleibe oder vielmehr wieder werde, daß die ländliche Bevölkerung zahlreich und wohlhabend genug sei, die sämtlichen Erzeugnisse unsrer Industrie aufzunehmen, und daß nur so viel exportirt werde, als nötig ist, die uns abgehenden Produkte fremder Zonen zu bezahlen. Aber diesen Zustand durch eine Zollsperrre herbeiführen wollen, das ist ungefähr so gescheit, wie wenn bei einer Straßensperre der eingeklemmten Menschenmasse befohlen wird, noch ein Stück weiter zurückzutreten, damit mehr Platz werde. Jener Zustand könnte bei der noch stetig wachsenden fabelhaften Produktivität der Maschinenarbeit nur dann erreicht werden, wenn die industrielle Bevölkerung im Verhältnis zur landwirtschaftlichen zurückginge, weil ja eine immer kleinere Zahl genügt, allen Bedarf an Gewerbeerzeugnissen hervorzubringen. Statt dessen wächst sie rascher als die landwirtschaftliche, und muß rascher wachsen, weil dieser nur eine geschlossene und vor der Hand nicht mehr vermehrbare Zahl von Landgütern zur Verfügung steht, während die Zahl der Werkstätten und Fabriken, so lange sich im Auslande Abnehmer finden, beliebig vermehrt werden kann. Sollen unsre überschüssigen Industriearbeiter mit Bauergütern ausgestattet werden, so müssen entweder unsre sämtlichen Großgrundbesitzer ihr Land zur Parzellierung hergeben, oder noch besser, da das ja noch nicht langen würde, es muß das deutsche Gebiet um mindestens 10 000 Quadratmeilen erweitert werden. Möge Dr. Rußland versuchen, entweder die Grafen Mirbach und Kanitz für das erste, oder den Kaiser für das zweite zu gewinnen!

Auch darin sind wir ganz einer Meinung mit ihm, daß wir die heutige Übermacht des Leih- und Börsenkapitals (das er fälschlich schlechtweg „das Kapital“ nennt) für sehr gefährlich halten. Nur macht er sich, wie man aus seinem Schriftchen: Die Wirtschaftspolitik des Vaterunsers*) ersieht, von seiner Wirkungsweise eine ganz falsche Vorstellung und hat keine Ahnung davon, daß es bei unsern Bevölkerungsverhältnissen und Staatseinrichtungen unvermeidlich entstehen und stetig

*) Berlin, Ernst Hoffmann, 1895. Gutgemeinte Betrachtungen, die die volkswirtschaftliche Erkenntnis wenig fördern. Auch das von uns so gründlich erörterte Rätsel, wie es möglich sei, daß bei Überfüllung des Marktes mit Waren so viele Volksgenossen am notwendigen Mangel leiden, streift der Züricher Privatdozent nur, und zwar ganz verständnislos.

wachsen muß. Sobald die Nachkommen der Bauern, aus denen die Bevölkerung jedes Landes ursprünglich besteht, nicht mehr sämtlich mit Grundbesitz ausgestattet werden können, müssen sie von den Gutserben durch Lieferungen in natura oder in Geld erhalten werden: es entstehen die ersten Formen des Leihkapitals, Rentenbriefe und Hypotheken. Die verwickelten Staatseinrichtungen und die moderne Form des Militärwesens sodann erzeugen Milliardenbudgets und Milliardenschulden und schaffen so einen Geldmarkt, den sie mit Wertpapieren überschwemmen. Die industrielle Entwicklung endlich fügt noch die Aktien hinzu. Der Grund und Boden des Landes muß dieses ganze Gebäude künstlicher Werte tragen, und seine zins- und steuerzahlenden Besitzer empfinden selbstverständlich den Druck der Last. Wenn bei dieser Sachlage die Industrie mit einem Fuße aufs Ausland tritt, so erleichtert sie den auf dem landwirtschaftlichen Grundbesitz lastenden Druck. Höhere Getreidepreise würde dieser mit höherem Hypothekenzins, höheren Armensteuern und Steuern für mehr Gefängnisse, mehr Polizei und mehr Richter büßen müssen.

Bei den Antisemiten und im Bunde der Landwirte wimmelt es von solchen Schwärmern, wie Dr. Ruhland einer ist. Ihre Gefinnungen und Ideale sind uns durchaus sympathisch, aber nützen können die Herren nichts, so lange sie Wirrköpfe bleiben, Ursache und Wirkung nicht unterscheiden lernen und hartnäckig dabei beharren, das Zimmer dadurch wärmen zu wollen, daß sie ihr Thermometer über die Lampe halten.

Nochmals die amerikanischen Arbeiterverhältnisse. Auch der von seiner *Pall Mall Gazette* her bekannte W. T. Stead beleuchtet diese Verhältnisse, und zwar mit besondrer Rücksicht auf Chicago in seiner Schrift: *Der Krieg zwischen Arbeit und Kapital in den Vereinigten Staaten* (deutsche autorisierte Ausgabe von Max Pannwitz, Stuttgart, Robert Lutz, 1894). Und er vermag besonders deswegen keine günstige Aussicht in die Zukunft zu eröffnen, weil das gründliche Mißtrauen jedes gegen jeden — die natürliche Wirkung der rücksichtslosen Dollarjagd —, die unheilbare Korruption aller Behörden und die Bundesverfassung jeder vernünftigen Organisation schier unüberwindliche Hindernisse in den Weg legen. „Eine Änderung dieser alten Urkunde, deren Verfasser am Ozean Amerikas lebten und nicht im Traume daran dachten, Gesetze für die jenseits des Felsengebirges lebenden oder für siebzig Millionen Menschen zu geben, würde folgende Prozedur voraussetzen: der Antrag muß im Repräsentantenhause und dann im Senat [der eine Gesellschaft von Millionären ist] je mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden. Darauf geht der Gesetzesvorschlag an jeden einzelnen der 44 Staaten der Union, die je mit zwei legislativen Körperschaften versehen sind. Diese Staaten nehmen halb Nordamerika ein, jeder hat eine eigne Verfassung . . . dennoch müssen mindestens drei Viertel von ihnen den Antrag auf Verfassungsänderung annehmen. Aber selbst dieser umständliche Apparat zur Zügelung des Volkswillens genügt noch nicht. Angenommen, ein Antrag habe alle diese Klippen überstanden und sei auch dem Präsidentenveto entgangen, so läuft er noch Gefahr, vom höchsten Bundesgericht [dessen Mitglieder vom Präsidenten auf Lebenszeit ernannt werden und niemand verantwortlich sind] für unkonstitutionell erklärt zu werden. Ein einstimmiges Urteil des Volkes, ein einstimmiges Votum des Hauses und Senats und die Beistimmung des Präsidenten können kein giltiges Gesetz schaffen, wenn dieses Tribunal sagt, es sei nicht Gesetz. . . Die Volkssouveränität ist in den Vereinigten Staaten ein Wickelkind, eine Souveränität, die nur äußerlich anerkannt ist, in Wahrheit genarrt wird. Spricht man mit Ameri-

kanern hierüber, so kommen sie immer wieder auf das Argument zurück, man müsse sich gegen plötzliche Ausbrüche der Volksthorheit sichern. Genau dasselbe sagen auch die Russen, nur daß diese sich nicht erst die Mühe geben, das Volk zum Stimmkasten zu laden, damit es dort seinen Willen kund gebe.“ Nun, Not kennt kein Gebot, und so wird sie wohl zu guter Letzt auch mit einem papiernen Tyrannen fertig werden in einem Lande, wo Geist, Thatkraft, natürliche und künstliche Hilfsmittel reichlich vorhanden sind. Auch an der Einsicht in die Ursachen der Übel fehlt es nicht. „Ein mörderischer Wettbewerb, heißt es in dem Programm des einen der Coxeitenfähnlein, der Ersatz der Handfertigkeit durch Maschinen, das übermäßige Anwachsen der mongolischen und der mittellosen Einwanderung, die unheilvolle Thatsache, daß Ausländer so ausgedehntes Grundeigentum in den Vereinigten Staaten besitzen, die Ausbeutung der Arbeiter durch Grundrente, Geschäftsgewinn und Kapitalzins, das sind die Ursachen, die zusammengewirkt haben, den Reichtum der Nation in den Händen weniger zusammenfließen zu lassen und die Massen in einen Zustand hoffnungsloser Armut zu versetzen. Wir haben auf unserm Wege zum Abgrunde den Punkt erreicht, wo 3 Prozent der Bevölkerung 76 Prozent des Nationalvermögens besitzen.“ Demnach wird gefordert: Beschäftigung aller Arbeitslosen durch die Regierung, Verbot der fremden Einwanderung auf zehn Jahre, und daß kein Ausländer im Gebiete der Vereinigten Staaten Grundeigentum besitzen dürfe. Coxey's „gestiefelte Petition,“ die von ihm angeregte Organisation von Zügen Arbeitsloser, die nach Washington pilgern und ihre Beschwerden und Vorschläge im Kapitol niederlegen sollten, ist in unsern Zeitungen lächerlich gemacht worden; in Amerika haben, wie die Darstellung Steads beweist, viele Behörden dem Unternehmen großes Gewicht beigelegt. Außerdem berichtet Stead, der sich, wie es scheint, drüben sehr genau unterrichtet hat, besonders über die Verhältnisse von Pullmanstadt, über den Zustand der Pullmanleute und die Boykottirung der Pullmanwagen, und über den großen Kohlengräberstreik.



Litteratur

Plaudereien und Vorträge. Von W. Marshall. Zwei Bände. Leipzig, A. Zwiemeyer, 1895

Diese beiden Sammlungen aus der Feder des Leipziger Professors William Marshall werden jedem, der die Natur mit offenen Augen betrachtet und zu verstehen sucht, und der ein warmes Herz hat, sich an ihren Wundern zu erfreuen, eine willkommene Gabe sein. Neben zwei biographischen Skizzen (über Konrad Gesner und van Leeuwenhoek) sind es ja vor allem freundliche Plaudereien über unsre Vogelwelt (Deutschlands Vogelwelt im Wechsel der Zeiten, Freud und Späß, Starmäße u. s. w.) und anziehende Schilderungen über merkwürdige Erscheinungen im Tierleben (Maskeraden, Selbstmord, Selbstverstümmelung u. s. w.), die den hauptsächlichsten Inhalt der beiden Bände ausmachen. Es sind keine trocknen Ab-